

**WeserMarsch-**  
**Schau 2009**

**Marktplatz**   
**Rodenkirchen**  
Handel, Handwerk und Gewerbebetriebe aus der Region präsentieren ihre Leistungen

Samstag, 25. April  
und Sonntag, 26. April  
von 11–18 Uhr

**WESERMARSCH**  
**SCHAU**

www.wesermarschschau.de

**Daten-Affäre: Bahn bestreitet illegale Mitarbeiterkontrolle**

WIRTSCHAFT 5



**Alkoholverkauf an Jugendliche: Mit Testkäufer auf Tour**

NORDEUTSCHLAND 7



**Gericht vertagt sich: Marco muss weiter auf Urteil warten**

AUS ALLER WELT 12

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wegen der Osterfeiertage erscheint die Kreiszeitung Wesermarsch am Ostermontag, 13. April, nicht. Am Dienstag, 14. April, finden Sie Ihre Kreiszeitung wie gewohnt im Briefkasten sowie in den bekannten Verkaufsstellen.

Ihre Kreiszeitung

## NORDENHAM

**Ambiente schaffen mit kleinen Mitteln**









**Nordenham (gl).** Mit kleinen Mitteln den Großensielener Hafen aufwerten – das regt Gastronomin Sonja Hohn an. Bei der Stadt steht der Hafen derweil weit unten auf der Prioritätenliste. 13

## WESERMARSCH

**Nordseelagune ist geöffnet**

**Burhave (kgo).** Die Nordseelagune in Burhave ist ab heute geöffnet. Spielmöglichkeiten und die Nutzung der Strandkörbe sind kostenlos. 25

## DAS WETTER

Sonnabend	Sonntag	Montag
		
21° / 9°	21° / 8°	15° / 3°
11 Std.	8 Std.	3 Std.
20 %	70 %	25 %
		
SO 4 Bft.	S 1 Bft.	NW 3 Bft.

## INHALT

Aus aller Welt	12
Auto und Verkehr	46
Berne und Lemwerder	33
Blick über die Weser	35, 36
Brake	30, 31
Bremen	33
Butjadingen	26, 27
Computer	54
Elsfleth	32
Fernsehen	9–11
Feuilleton	8, 6A
Journal	7A
Kinder-Nachrichten	8A
Kurzweil	5A
Lernspiele	48
Norddeutschland	7
Nordenham	13–18
Oldenburg und Region	34
Ostern	19
Politik und Meinung	2
Reisemarkt	1A–3A
Schiffahrt	6
Sport	37–42
Stadland	25–29
Unterhaltung	4A
Wirtschaft	4, 5
Zeitgeschehen	3



## Allen Leserinnen und Lesern ein frohes Osterfest

Die Schüler Edward (von links), Nicole (oben), Jessica, Kevin und Jacqueline von der Lutherschule

aus Bremerhaven machen es vor: Der fröhlichen Eiersuche im Freien steht nichts im Wege. Die Sonne

lacht, der Osterhase holt sich in diesem Jahr kaum nasse Füße, er kommt sogar ins Schwitzen.

Dank Hoch „Peggy“ steigen die Temperaturen auf früh sommerliche Werte. Foto: Scheschonka

## Abwrackerei drückt Preise für Gebrauchte

**Berlin (dpa).** Der große Ansturm auf die Abwrackprämie bereitet sowohl Schrotthändlern als auch Gebrauchtwagenhändlern zunehmend Probleme. „Die Preise für Gebrauchte gehen in den Keller“, sagte der Geschäftsführende Vorstand des Bundesverbands freier Kfz-Händler (BVK), Ansgar Klein. Von einem Untergangsszenario könne aber nicht gesprochen werden.

Vor einem Verfall der Preise für hochwertige Gebrauchtwagen warnte auch der Vorsitzende der staatlichen Monopolkommission, Justus Hauca. Viele Schrotthändler nehmen zudem keine Alautos mehr an, hieß es. Nach den Problemen beim Antragsverfahren per Internet komme es damit zu zusätzlichen Engpässen bei der Beantragung der Abwrackprämie von 2500 Euro.

Die Bundesregierung hatte am Mittwoch die Mittel für die Prämie von 1,5 Milliarden auf 5 Milliarden Euro erhöht. Bei inzwischen 1,2 Millionen Anträgen sind bereits 3 Milliarden Euro ausgeschöpft. Von der Restsumme können noch 800 000 Käufer profitieren.

## Kritik an deutschen Waffenexporten

**Bischof: Deutsche tragen zur Gewalt bei – Streit um US-Atombomben**

**Berlin (rn).** Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, hat am Karfreitag die europaweite Spitzenstellung Deutschlands in Sachen Waffenexport kritisiert. Die Deutschen als „Europameister des Waffenexports“ würden dazu beitragen, dass sich die Gewalt in der Welt ausbreite.

Der Berliner Bischof bedauerte die Zunahme der deutschen Waffenexporte innerhalb kurzer Zeit. Von einem Jahr zum anderen habe sich die Ausfuhr von Waffen aus Deutschland um 13 Prozent erhöht.

Derweil hat die von US-Präsident Barack Obama vor wenigen Tagen gezeichnete Vision einer atomwaffenfreien Welt die deutsche Friedensbewegung mobilisiert. Gestern setzten mehrere hundert Demonstranten in mehreren deutschen Städten die Tradition der Ostermärsche fort. SPD-Kanzlerkandidat und Außenminister

Frank-Walter Steinmeier sagte anlässlich der Demonstrationen, erstmals seit vielen Jahren gebe es die Chance, „einen Neustart für globale Abrüstung zu schaffen und den Frieden sicherer zu machen“.

Die Vision einer atomwaffenfreien Welt sei in der Realpolitik angekommen, sagte Steinmeier. „Jetzt beginnt die Arbeit, damit wir handfeste Fortschritte machen.“ Er werde sich bei der US-Regierung dafür einsetzen, dass die noch in Deutschland lagernden amerikanischen Atombomben abgezogen werden.

Mit diesen Äußerungen widerspricht Steinmeier einem Medienbericht zufolge Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die an der sogenannten nuklearen Teilhabe festhalten wolle. Nur Länder, in denen US-Bomben lagern, könnten in der NATO „ernsthaft mitreden“, hieß es auch im CDU-geführten Verteidigungsministerium. Die Kundgebungen der Frie-

denbewegung sollen heute ihren Höhepunkt erreichen. Demonstrationen sind unter anderem in Berlin, Düsseldorf und München geplant. **STANDPUNKT**

## IM BLICKPUNKT

**Obama fordert Milliarden Dollar für Kriege**

Nach seinem viel gelobten Vorstoß zur Atomwaffenabrüstung hat US-Präsident Barack Obama gestern Friedensaktivisten in aller Welt einen Dämpfer versetzt: Obama bat den US-Kongress um zusätzliche 83,4 Milliarden Dollar (63,2 Milliarden Euro) für die Kriege in Irak und in Afghanistan. Das Geld sei nötig, „um die neue Afghanistan-Strategie und den Prozess im Irak zu finanzieren, der zum Abzug all unserer Kampftruppen dort führen wird“, ließ Obama seinen Sprecher Robert Gibbs mitteilen.

## GHB: Mehr Jobs bleiben erhalten

**Bremerhaven (nz).** Erleichterung bei den Angestellten des Gesamthafenbetriebsvereins (GHB) in Bremerhaven. Der angekündigte Stellenabbau fällt geringer als befürchtet aus. Insgesamt werden 1050 statt ursprünglich 1600 Angestellte eine Kündigung erhalten. 550 weitere zur Streichung vorgesehene Stellen konnten durch einen Solidarpakt zwischen GHB, Gewerkschaft Verdi, BLG, Eurogate, Arbeitsagentur und Senat des Landes Bremen gesichert werden. Dennoch müssen 200 Stammmitarbeiter gehen, davon etwa zwei Drittel aus Bremerhaven.

Um die 550 Stellen beim GHB zu sichern, gehen die Mitarbeiter der anderen Betriebe in die Kurzarbeit. „Die hohe Zahl von 550 geretteten Arbeitsplätzen ist nur möglich, weil alle Beteiligten dazu beigetragen haben. Das ist ein solides Ergebnis“, sagte der SPD-Chef im Land Bremen, Uwe Beckmeyer.

## HSV und Werder im UEFA-Pokal auf Halbfinal-Kurs

**Bremen/Hamburg (rn).** Im UEFA-Pokal läuft alles auf ein norddeutsches Halbfinale hinaus: Sowohl der Hamburger SV als auch Werder Bremen haben sich im Hinspiel des Viertelfinals ein 3:1-Polster erspielt – der HSV gegen Manchester City und Werder gegen Udinese Calcio. Geht in den Rückspielen alles gut aus, treffen die Clubs in der nächsten Runde aufeinander.

Der HSV lag schon nach wenigen Sekunden 0:1 zurück, doch Mathijsen, Trochowski per Elfmeter und Guerrero trafen zum verdienten Sieg. Werder lag durch zwei Tore von Diego und einem Treffer von Almeida 3:0 vorne, bevor noch das 3:1 fiel. **SPORT**

## Tiefensee startet Fahrrad-Offensive

**Berlin (dpa).** Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) will für Leihfahrräder zehn Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Initiative soll Bürgern ermöglichen, etwa von der Bushaltestelle nach Hause oder ins Büro zu radeln und auf das Auto zu verzichten, teilte das Ministerium mit. Tiefensee kündigte zudem an, pro Jahr 100 Millionen Euro in den Radverkehr zu investieren. Der Löwenanteil geht demnach in den Neu- und Ausbau von Radwegen.



## Italien beweint seine Erdbebenopfer

Mit einer bewegenden Trauerfeier hat Italien gestern Abschied von den fast 300 Opfern des schweren Erdbebens in den Abruzzen genommen. Rund 5000 Menschen nahmen in der immer

noch von Nachbeben erschütterten Provinzhauptstadt L'Aquila an einem Gedenkgottesdienst teil. Hier küsst ein Retter einen Kindersarg, der auf dem Sarg der Mutter steht. **AUS ALLER WELT**

## Schäuble: Waffengesetze vor Verschärfung

**Berlin (ddp).** Als Konsequenz aus dem Amoklauf von Winnenden und der jüngsten tödlichen Schießerei vor dem Landgericht Landsut zeichnet sich parteiübergreifend eine Bereitschaft für eine schärfere Regulierung des Waffenbesitzes ab. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kündigte Initiativen und Gespräche bis zur Innenministerkonferenz Anfang Juni an. Die Grünen forderten ein Verbot scharfer Waffen im Schießsport.

Schäuble sagte, es gebe schon länger Gespräche mit den Ländern über ein zentrales Waffenregister. „Wir wollen bis zur nächsten Innenministerkonferenz Anfang Juni Ergebnisse haben.“ Sollten dafür Gesetze geändert werden müssen, „werden wir das noch in dieser Wahlperiode umsetzen“.

## Anbieter schieben Riegel vor Kinderporno-Seiten

**Nutzer sollen Schild mit Stopp-Zeichen sehen**

**Berlin (rn).** In Deutschland sollen viele kinderpornografische Internetseiten aus dem Ausland bald nicht mehr aufgerufen werden können. Fünf der größten deutschen Anbieter von Internetzugängen wollen nach Angaben des Bundesfamilienministeriums am 17. April entsprechende Verträge unterzeichnen.

Die Unternehmen verpflichten sich darin, Kinderporno-Seiten auf ausländischen Servern zu blockieren. Der Internet-Nutzer sieht stattdessen eine Seite mit einem Stopp-Schild.

Nach den Plänen von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll das Bundeskriminalamt den Anbietern von Internet-

zugängen dafür Sperrlisten liefern. Die Bundesregierung will außerdem noch vor der Bundestagswahl eine Gesetzesänderung, damit alle Internet-Provider zu einer solchen Sperrung verpflichtet sind.

Nach Ansicht des Bundeskriminalamts kann ein Großteil der Nutzung von Kinderporno-Seiten mit solchen Sperren gestoppt werden. Jeden Tag sollen bis zu 400 000 Zugriffe auf solche Seiten verhindert werden. Mit Kinderpornografie im Internet werden jedes Jahr Millionenbeträge umgesetzt.

Die FDP kritisierte erneut den Gesetzentwurf. Die Regierung erwarte selbst, dass der Zugriff durch die Regelung nicht verhindert, sondern allenfalls erschwert werde, hieß es.

